

Sachdokumentation:

Signatur: DS 955

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/955](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/955)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



*Dreikönigsgespräch CVP Schweiz, 5. Januar 2018*

## **Gerhard Pfister, Parteipräsident CVP Schweiz und Nationalrat (ZG)**

Es gilt das gesprochene Wort.

### **Einleitung**

Heute Tag der Drei Könige – beziehungsweise der drei Weisen, oder Sterndeuter, wenn es nach der biblischen Überlieferung geht (Matthäus 2). Das ist zwar Anlass für unser Gespräch, aber durchaus nicht wegleitend zu verstehen. Denn die Schweiz braucht ganz bestimmt keinen König, schon gar nicht deren drei. Und Elisabeth Tessier oder andere Sterndeuter wären für die Politik ein schlechter Ratgeber.

Denn die Schweiz zählt nicht einen, nicht drei – und auch nicht nur 7 ausschliesslich Weise oder Könige. Auch wenn es zuweilen solche gibt, die sich dafür halten mögen. Denn die Schweiz zählt de facto rund 5.32 Millionen kleine Könige – denn jeder & jede Stimmberechtigte sind in unserem direkt-demokratischen System Teilhaber an der Schweizer Königswürde, an unserer Souveränität. Und das ist gut so!

Oui, la Suisse est un modèle de démocratie. Un modèle de culture politique reconnu sur la scène internationale. Sur les 165 pays listés par The Economist, notre pays est chaque année dans le groupe de tête des 19 « démocraties pleines » et devant tous nos grands voisins.

Nur so kann sich ein dauernder Wettstreit um die beste Idee, die beste Lösung entfalten – und durch und gerade in der Auseinandersetzung – notabene in der breiten öffentlichen Debatte – finden wir gemeinsam den richtigen Weg für unser Land.

Die CVP leistet zu dieser Debatte ihren Beitrag. Dabei sind wir verwurzelt in einer sozial-konservativen Grundhaltung:

Konservativ, indem wir Bewährtes und Gutes behalten – und dort Neues schaffen, wo es dazu dient, unsere Schweiz mit ihren Errungenschaften auch morgen und übermorgen zu erhalten. Sozial und solidarisch dort, wo es notwendig ist – weil sich das Wohl unseres Landes auch daran misst, wie wir mit den Schwachen und Bedürftigen bei uns umgehen.

Face aux forces politiques à gauche et à droite qui font preuve d'immobilisme ou celle qui croit à une vision linéaire du progrès, le PDC reste attaché à des couples de valeurs fortes :

- La Liberté et la solidarité
- La souveraineté et l'ouverture
- La prospérité et la justice
- La dignité humaine et le progrès

Le PDC veut simplement préserver ce qui a fait et fait encore le modèle de réussite de notre pays. Ou pour citer Gramsci : « Celui qui ne sait pas d'où il vient, ne peut savoir où il va ». La preuve que même un marxiste peut parfois avoir raison.

In diesem Sinne begrüße ich Sie zum heutigen Dreikönigsgespräch. Ich danke Ihnen für Ihr Kommen und wünsche Ihnen für 2018 nur das Beste: Kritischen Sinn und fairen Geist in und für Ihre Berichterstattung – einen guten Riecher, zufriedene Leserinnen und Leser, Hörerinnen und Hörer und Zuschauerinnen und Zuschauer - sowie Inserentinnen und Inserenten und Abonentinnen und Abonnenten!

Uns wünsche ich einen fairen gegenseitigen Umgang, gegenseitigen Respekt und vor allem Hintergrund und Tiefgang mehr als Klickraten und – verzeihen Sie den Ausdruck – billige Sensationsgier. Und ich wünsche mir von Ihnen, dass Sie uns mit denselben Ellen wie sich selber messen.

Nous allons traiter cinq grands thèmes :

- La politique de santé
- La politique étrangère
- Le marché du travail et la digitalisation
- L'État de droit et le fondamentalisme
- La politique sociale

## Gesundheitspolitik – CVP-Kostenbremse

Ein bestimmendes Thema dieses Jahres ist mit Bestimmtheit die Gesundheitspolitik: Per 1. Januar 2018 sind die Krankenkassenprämien im Durchschnitt über alle Versicherungstypen der obligatorischen Grundversicherung wieder um 4.9% gestiegen. Also um fast 5%!

Eine vierköpfige Familie bezahlt heute etwa 15'000 Franken Krankenkassenprämie pro Monat – weit über tausend Franken pro Monat! Damit besteht die Gefahr, dass die Gesundheitsausgaben im Familienbudget zum grössten Kostenblock werden, wenn diese Entwicklung ungebremst weitergeht!

La limite du supportable est déjà dépassée, en particulier pour les familles de la classe moyenne : elles doivent consacrer une part de plus en plus élevée de leur revenu aux primes de l'assurance obligatoire des soins, sans pour autant bénéficier de subsides à l'assurance-maladie. La spirale ascendante des coûts de la santé doit être stoppée.

Gleichzeitig sagen Experten, dass ein Fünftel der Kosten in der Grundversicherung ohne Qualitätsverlust eingespart werden können. Das Einsparpotential beträgt also über 6 Milliarden jährlich, ohne dass wir weniger gut leben würden – oder weniger gut gepflegt würden.

Ce sont 6 milliards de francs qui pourraient être épargnés sans que la qualité des soins se voit remise en cause !

Allein dieser Befund allein zeigt: **Das Gesundheitswesen selbst ist krank.** Notre système de santé est malade.

Dabei liegt das Problem vor allem in der Umsetzung von zahlreichen, bereits bekannten Reformvorschlägen: Sei es bei Überversorgung und Übertherapie, falschen Anreizen zur Mengenausweitung, oder schlechten Tarifen, die zu zu hohen Ausgaben bis hin zu sogar gesundheitsgefährdenden Praktiken führen. Praktiken, die vielleicht gut für das Portemonnaie der Leistungserbringer, aber schlecht für die Gesundheit von uns Menschen sind.

Vor diesem Hintergrund ist es für die CVP klar: Abhilfe schafft nur eine klare Vorgabe auf oberster strategischer Staatsebene – in der Verfassung. Ein entsprechender Vorschlag von Ständerat Ettlín für eine Kostenbremse ist letztes Jahr bereits im Ständerat leider gescheitert. Im Nationalrat werden Reformen auf die lange Bank geschoben und blockiert. Deshalb ist es für uns klar – und die CVP-Basis hat uns letzten Sommer einen entsprechenden Auftrag erteilt: Die CVP wird 2018 eine Volksinitiative für eine Kosten- und Prämienbremse im Gesundheitswesen lancieren. Es braucht das Volk, um einen entsprechenden Auftrag direkt in der Verfassung zu verankern!

Deshalb wird für uns das Thema Gesundheit mit unserer CVP- Kosten- und Prämienbremse im 2018 bestimmend sein.

Bereits im Januar werden wir mit der Basis einen Text für eine Volksinitiative diskutieren um im Oktober, ein Jahr vor den nationalen Parlamentswahlen, die Initiative zu lancieren.

Face à la situation de blocage que nous connaissons actuellement et après le rejet de toutes nos propositions visant à freiner la spirale à la hausse des coûts de la santé, nous lancerons fin janvier les discussions avec notre base sur un texte d'initiative pour un frein aux coûts de la santé. Le peuple doit désormais avoir le dernier mot !

Nous connaissons malheureusement une autre situation de blocage sur un second grand dossier : **celui de la réforme des retraites**. J'y reviendrai plus tard.

Auch in einem anderen zentralen Politik-Bereich herrscht leider Reformstau – bei der dringend nötigen **Rentenreform**. Dazu sage ich später noch ein paar Worte.

Vorerst möchte ich jedoch meinen Kollegen und Kolleginnen das Wort geben.

Wir stehen Ihnen im Anschluss an die Präsentationen selbstredend gerne für weitere Auskünfte und vertiefte Gespräche zur Verfügung. Schon jetzt bedanke ich mich für Ihr Interesse und Ihr Kommen und wünsche Ihnen einen «königlichen» Tag!

Nun haben die beiden APK-Präsidenten, Ständerat Lombardi und Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter das Wort zur Aussenpolitik.

## **Elisabeth Schneider-Schneiter, Nationalrätin (BL)**

Es gilt das gesprochene Wort.

### **Europapolitik**

Die Schweiz ist kein Mitglied der EU und soll es auch nicht werden. Seit dem Freihandelsabkommen von 1972 mit der EU und seit der Ablehnung des EWR sichert sie sich mit einem Netz von bilateralen sektoriellen Abkommen ihre Politik mit der EU. Dieser Bilaterale Weg wurde vom Schweizer Stimmvolk in verschiedenen Abstimmungen bestätigt. Die CVP will diesen Weg konsequent weitergehen, nicht nur weil die Schweiz wirtschaftlich eng mit den europäischen Ländern vernetzt ist, sondern weil sie auch sicherheitspolitische und migrationspolitische Interessen an einer engen Zusammenarbeit mit der EU hat. **Initiativen wie die Kündigung der PFZ oder Forderungen nach Abschaffung der Guillotineklausel lehnt die CVP ab.**

Dass diese Zusammenarbeit künftig in irgendeiner Form institutionalisiert werden muss, ist für die CVP offensichtlich. Das Mandat zu den Verhandlungen über einen solchen Rahmenvertrag – wie es der BR im 2013 verabschiedet hat – ist nach Meinung der CVP zu eng gefasst. Es war von Anfang an klar, dass insbesondere die Frage mit der zuständigen Gerichtsbarkeit bei Streitigkeiten innenpolitisch keine Mehrheiten finden wird. Wenn Aussenminister Cassis „Reset“ im Sinne von effektiven Alternativen mit neuen Optionen, welche innenpolitisch mehr Chancen haben, meint, dann wird ihn die CVP dabei unterstützen. **Vorschlag Bilaterale III: Institutionalisierte Anbindung an die EU - verknüpft mit weiteren wichtigen Abkommen für die Schweiz (zB. Finanzdienstleistungsabkommen).**

In diesem Zusammenhang **wird die CVP die Vorlage über die Kohäsionsmilliarde sorgfältig prüfen und erst nach einer Gesamtabwägung über eine Zustimmung entscheiden.** Einerseits bezüglich Inhalt (Teilnahme an EU-Migrationsprojekten, verbesserte Rückführungsmöglichkeiten, geografische Schwerpunkte), andererseits aber auch im Hinblick auf die Fortschritte in den offenen Dossiers. In dieser Gesamtabwägung ist der diskriminierungsfreie Zugang zum EU-Binnenmarkt zentral.

**Der Bundesrat wird aufgefordert in der Europapolitik künftig geeint aufzutreten und dem Parlament eine mehrheitsfähige Lösung vorzulegen.** Die CVP will endlich eine langfristige und stabile Europapolitik, welche insbesondere der Wirtschaft die nötige Rechtssicherheit gibt. Einen möglichst raschen Grundsatzentscheid – wie ihn BP Doris Leuthard gefordert hat – begrüßen wir. **Ersatzhandlungen – wie zB. die Schaffung eines Staatssekretariates für Europapolitik – bringen keine Lösungen in den einzelnen Dossiers und sind nicht zielführend.**

Aussenminister Cassis wird aufgefordert neben den Beziehungen zu Brüssel auch jene zu Berlin, Rom und Paris wieder vermehrt zu pflegen. Die Nachbarstaaten sind für die Schweiz die zentralen Partner - nicht nur in wirtschaftspolitischen Fragen.

## Digitalisierung und Arbeitsmarkt

Die Digitalisierung hat einen Strukturwandel ausgelöst, welcher insbesondere auch die Wirtschaft vor grosse Herausforderungen stellt.

Die Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine verändert sich laufend. Arbeitsplätze verschwinden und neue werden geschaffen. Bisher ist der Schweizerische Arbeitsmarkt dynamisch genug gewesen, um das Tempo des technischen Fortschritts aufzufangen. Dabei hat sich ausgezahlt, dass der Strukturwandel, welcher sich durch die Digitalisierung ergibt, möglichst nicht durch Regulierung behindert wurde. Zwar sind Organisation und Arbeitsform grösstenteils immer noch konstant. Aber neue Geschäftsmodelle und Erwerbsformen nehmen zu und eröffnen Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden neue Möglichkeiten. Fixe Arbeitszeiten, fixe Arbeitsplätze, Tag-und Nachtarbeit wird immer mehr aufgeweicht. Arbeit wird mobiler und flexibler. Die starren Anforderungen an die Arbeitszeiten und v.a. auch an die Arbeitszeiterfassung, welche das öffentliche Arbeitsrecht vorsieht, wird dieser neuen Mobilität und Flexibilität nicht mehr gerecht.

**Die CVP fordert das öffentliche Arbeitsrecht diesen Entwicklungen in den Bereichen Arbeitszeiten und Arbeitszeiten (Vorstösse Graber, Schneider-Schneiter) und Sozialversicherungen (Bsp. UBER) anzupassen.**

*Dreikönigsgespräch CVP Schweiz, 5. Januar 2018*

**Ständerat Filippo Lombardi, Präsident der APK-S und der CVP-Bundeshausfraktion**

Es gilt das gesprochene Wort.

## Für eine globale bi- und multilaterale Aussenpolitik

**Gute Beziehungen zur EU** sind für die Schweiz politisch, institutionell und wirtschaftlich sehr wichtig, wie Elisabeth Schneider Schneiter soeben betont hat.

In Erwartung der „100 Tage“ die BR Ignazio Cassis verlangt hat, um die Umsetzung seines „Reset“ zu erklären, hoffen wir, dass **ein echtes inneres „Reset“ in den Köpfen der Schweizer Politiker und Parteien** stattfindet. Nur wenn wir aufhören, die Europa-Frage als parteipolitisches Positionierungsmittel zu missbrauchen, werden wir unsere selbstzerstörerische „EU-Neurose“ überwinden, und überzeugend geeint mit Brüssel und unseren Nachbarstaaten verhandeln können!

**Aber die EU ist nicht alles!** Die Schweizer Aussenpolitik darf die vielen Gefahren der heutigen Weltpolitik gar nicht vergessen. Gerade für die Schweiz, als nicht EU-Mitglied, ist eine globale Aussenpolitik unabdingbar um eine aktive Rolle in vielen anderen Bereichen zu spielen, und wiederum die Schweizer politischen und wirtschaftlichen Interessen zu pflegen:

- **In der OSZE**, dessen Generalsekretär wir zurzeit stellen und wo uns eine konstruktive Rolle anerkannt wird: hier können und müssen wir dazu beitragen, die Organisation aus der totalen Blockade infolge der Ukrainisch-Russische Krise zu bewegen. Unsere eigene Sicherheit kann bei einer weiteren Eskalation der Ost-West Konfrontation gefährdet werden. Als nicht-NATO und nicht-EU Mitglied haben wir eine prädestinierte vermittelnde und friedensfördernde Stellung zwischen den 57 teilnehmenden Staaten wahrzunehmen. Nicht per Zufall, unter BR Burkhalters OSZE-Präsidium, hat die Schweiz 2014 wesentlich dazu beigetragen, die Special Monitoring Mission in der Ukraine zu etablieren, in der sie heute noch eine führende Rolle spielt. Aber es gibt viel mehr zu tun!
- In den verschiedenen **bilateralen Vermittlungs-, Verhandlungs- und Vertretungsprozessen** in denen wir seit Jahren mit unseren „guten Diensten“ tätig sind. Zu den traditionellen US-Kuba und US-Iran Beziehungen, sind z.B. die Beziehungen Russland-Georgien und neulich Iran-Saudi Arabien gekommen, und andere stehen an. Es geht darum, den Goodwill der Schweiz zu diesem Zweck zu benutzen, und dadurch neuen Goodwill für die Schweiz international zu schaffen.
- In den **multilateralen Organisationen**, die heute wie lange nicht mehr unter starkem Druck stehen, muss die Schweiz ihre vernünftige und ausgewogene Stimme hinbringen. Es kann nicht sein, dass Rechtsstaaten wie Bananen-Republiken handeln und ihre Beiträge an internationalen Organisationen kürzen oder streichen um sie zu bestrafen oder zu erpressen. Es ist unakzeptabel, dass Rechtsstaaten internationale Übereinkommen – anfangend mit der Europäischen Menschenrechtskonvention – in Frage stellen, oder die Entscheide des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs nicht mehr anerkennen bzw. umsetzen. Dagegen muss die Schweiz dezidiert antreten!

**FAZIT:** gerade der autonome Weg den wir mit der EU gehen wollen, zwingt uns offener denn je auf der internationalen Szene aufzutreten, damit die Schweiz wahrgenommen wird und ihre Interessen

vertreten und verteidigen kann. Und gerade heute, wenn gewisse Staaten und Grossmächte sich von ihrer internationalen Verpflichtungen abmelden bzw. den Multilateralismus in Frage stellen, darf sich die Schweiz bestimmt nicht isolieren.

**Die CVP will:**

- Eine aktive globale bi- und multilaterale Aussenpolitik der Schweiz fördern.
- Unsere EU-Politik in einem breiteren Rahmen integrieren, um der Schweiz bessere Chancen zu verschaffen.
- Unserer Aussenpolitik, unserer wirtschaftlichen Kooperation und unserer Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor genügende Mittel zur Verfügung stellen.
- Rationalisierung, Priorisierung, bessere Koordination und Nutzung der Mittel sind anzustreben, um bessere Ergebnisse zu erreichen und nicht um Ressourcen zu kürzen!
- Den Multilateralismus stützen, um den Frieden und die internationale Sicherheit zu fördern.
- Keinen Isolationismus der Schweiz dulden: gute bilaterale Beziehungen und sämtliche bilaterale Verträge mit der EU stärken und aktualisieren, eine aktive Rolle in der OSZE und in den UN-Organisationen pflegen, die Politik der Schweizer guten Dienste weiter entwickeln.
- Die Anerkennung des Völkerrechts und den Schutz der Rechtssicherheit zugunsten der Schweizer Institutionen und Wirtschaft weiterhin gewährleisten, und deswegen entschlossen gegen die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative antreten.



*Dreikönigsgespräch CVP Schweiz, 5. Januar 2018*

## **Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin (LU) und Vize-Präsidentin CVP Schweiz Marianne Binder-Keller, Kantonsrätin (AG)**

Es gilt das gesprochene Wort.

### **Rechtsstaat und Fundamentalismus**

Zu Beginn des Jahres 2006 haben Präsidium und Parteivorstand der CVP Schweiz ein Papier verabschiedet, das betitelt war mit „Religionsfreiheit und Integration am Beispiel der Musliminnen und Muslime in der Schweiz“. Es platzte zufälligerweise mitten im Karikaturenstreit, der zu Boykottandrohungen und Anschlägen in islamischen Staaten gegen den Westen führte. Der politische Islam ängstigte seit 9/11 zunehmend unsere offenen Gesellschaften. Im Zuge der Migration aus dem Nahen Osten hielten sich zunehmend Menschen in Europa auf, denen die Gepflogenheiten einer freiheitlichen Gesellschaft mit ihren Idealen fremd war. Man diskutierte wie heute radikale Prediger, radikalisierte Jugendliche, über das Kopftuch, den Schwimmunterricht, über Klassenlager, über mangelnde Gleichberechtigung von Frauen in Migrantenfamilien, über die Entstehung von Parallelgesellschaften, über Werte, über den Rechtsstaat und die Werte, welche unsere Kultur prägen. Das CVP-Positionspapier thematisierte das Verhältnis von Staat und Religion und forderte verbindliche gemeinsame Regeln für das gute Zusammenleben der Religionen und Kulturen. Wir fanden, die Debatte müsse geführt werden. Sie sei tabuisiert.

Die Wellen schlugen hoch. Die CVP würde stigmatisieren und ausgrenzen und inexistenten Ängste schüren. Ein knappes Jahr später wurde die Minarettinitiative angenommen. Soviel zu den inexistenten Ängsten. Die Minarettinitiative selbst hatte die CVP massiv bekämpft und war im Abstimmungskampf mit einem Vorstosspaket an die Öffentlichkeit getreten. Wir monierten die „wahren“ Probleme, nämlich Prediger, die vom Heiligen Krieg sprechen, die mangelnde Integration muslimischer Frauen mit Migrationshintergrund, die Unkenntnis des Rechtsstaates und der Kultur. Wir forderten Transparenz bei der Finanzierung von Moscheeprojekten, einen Zugang in Gebetshäuser und Moscheen auch für Frauen ohne Kopftuch und dass die islamischen Glaubensgemeinschaften einen aktiven Beitrag zur Integration ihrer Mitglieder leisten und ihre Prediger besser überwachen.

Sie sehen also, es ist nicht neu, wenn wir jetzt zum dritten Mal ein Papier vorlegen und auch im Jahr 2018 diese Debatte über Rechtsstaat und Fundamentalismus hartnäckig führen. Wir stehen vor einer Abstimmung über ein nationales Verhüllungsverbot. Eine Umfrage der Tamedia im August 2016 untermauert Bedenken in der Schweizer Bevölkerung. Da wurde die Frage nach einem Burkaverbot gestellt. 70% der Schweizerinnen und Schweizer befürworteten ein solches. Ebenso bekundeten 50% der Befragten in der Deutschschweiz und gar 55% in der Westschweiz Angst vor Terrorakten fundamentalistischer Provenienz. Diese Befindlichkeiten einfach abzutun als xenophob und islamophob, ist naiv. Die Verweigerung einer umfassenden Debatte über die Problematik, wenn so unterschiedliche Denkweisen und Kulturen in einer Gesellschaft aufeinandertreffen, noch mehr, denn damit überlässt man sie radikalen Kräften.

Wie in unserem ersten Papier legen wir den Fokus der Integration auf Frauen und Mädchen aus Migrantenfamilien, welche gefördert werden müssen. Sie sollen eine Landessprache lernen, Kurse besuchen, ins Gesellschaftsleben integriert werden. Das Bewusstsein für Gleichberechtigung muss bei

den Frauen beginnen und bei allen Gleichstellungsbemühungen sollen diese Frauen nicht vergessen werden. Es kann nicht sein, dass im gleichen Land unterschiedliche Rechte toleriert werden. Solche für sogenannte „Western Woman natives“ und solche für Frauen aus Migrantenfamilien. In diesem Zusammenhang kommt auch das Kopftuch zur Sprache. Explizit beziehen wir uns nicht auf erwachsene Frauen. In unserem Papier sprechen wir vom Kinderkopftuch als Kleidungsstück von Stigmatisierung und Sexualisierung. Es in den Schulen nicht zuzulassen, ist unseres Erachtens eine Befreiung und kein Verbot. Die Schule ist ein Freiraum für die Ideale dieses Staates: Freiheit und Gleichheit. Alle Kinder sollten die gleichen Entwicklungschancen haben. Kinder bedürfen unseres besonderen Schutzes. Es soll keine Parallelrechte geben für eine Minderheit von Kindern. Es geht folglich nicht um Sonderrecht *gegen* Minderheiten, sondern um Recht *für* eine Minderheit.

Was die Burka betrifft, finden wir, soll dies eher gesetzlich geregelt sein, als in der Verfassung. Das Präsidium ist der Meinung, dass ein Kleidungsstück mit einem derart diskriminierenden Charakter in der Schweiz keinen Platz hat und unseren Prinzipien widerspricht. Wir stellen uns gegen ein Verhüllungsgebot und plädieren für die „Burkabefreiung.“ In der Schweiz soll das Gesicht gezeigt werden. Im Iran kämpfen Frauen für die Befreiung von Kopftuch und Schleier. Was eine Gesichtsverhüllung hierzulande mit Liberalismus zu tun hat, ist uns im wahrsten Sinne schleierhaft.

Die CVP Schweiz ist sich auch mit diesem dritten Papier treu geblieben, insofern, als dass wir Religion und Fundamentalismus ansprechen und trennen. Nicht Muslime werden ausgegrenzt, sondern Fundamentalisten. Zuerst stehen die Menschenrechte, dann die Verfassung, dann die Religion. In der Schweiz leben etwa 400000 Muslime. Der Grossteil ist wohl ebenso religiös oder eben nicht wie der Rest der Schweizer Bevölkerung. Wenn wir den Kampf gegen Fundamentalisten aufnehmen, sind sie in diesem Kampf integriert. Vorzugeben, man würde Muslime beleidigen, wenn man den religiösen Fanatismus kritisiert, DAS ist Ausgrenzung. Denn damit wirft man Extremisten und Muslime in einen Topf. Würden wir als Christen eine fundamentalistische christliche Sekte verteidigen?

Gerne übergebe ich das Wort an die Vizepräsidentin der CVP Schweiz, Nationalrätin Ida Glanzmann, welche die Arbeitsgruppe geleitet hat. Sie ist Vizepräsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission während den kommenden zwei Jahren.

Die CVP ist sich in der Tat seit dem ersten Papier aus dem Jahre 2006 treu geblieben. Wir bekämpfen fundamentalistisches Gedankengut, ganz besonders weil der Weg von Fundamentalismus zu Radikalisierung oft nicht weit ist. Und wir scheuen uns nicht, dies auch anzusprechen. Zudem ist die sicherheitspolitische Lage in der Schweiz in Bezug auf Terrorismus vergleichbar mit den europäischen Ländern und wir tun gut daran, aufmerksam zu sein.

Dazu haben wir folgende Forderungen formuliert: Wir wollen keine Hassprediger in der Schweiz. Einreise, öffentliche Auftritte, vorübergehende Besuche von Fundamentalisten sind verboten. Die Vereinigungen tragen dabei eine wesentliche Verantwortung für die Überwachung und Kontrolle der Prediger und können haftbar gemacht werden für eine gefährliche Radikalisierung ihrer Mitglieder durch die Verbreitung von Irrlehren. Wir fordern die Offenlegung der Finanzierung verdächtiger extremistischer Vereinigungen durch ausländische Staaten und analog zu Deutschland ein Verbot der Aktion LIES (Verteilaktion des Korans auf der Strasse durch Salafisten). Des Weiteren fordern wir die Streichung der Sozialhilfe für Dschihadisten. Es darf nicht sein, dass mit unseren Steuergeldern fundamentalistische Lebensweisen oder gar extremistische Aktivitäten unterstützt werden. Des Weiteren fordern wir Ausreisesperren für potentielle Gewaltextremisten. Wiederholt haben sich Personen aus politisch extremistischen Kreisen in der Schweiz an Ausschreitungen im Ausland beteiligt.

In einem Postulat, welches vom Bundesrat gutgeheissen wurde, habe ich zudem griffige Instrumentarien gegen Gewaltextremisten gefordert. Dies betrifft nicht nur mögliche Terroristen, sondern auch Links- und Rechtsextremismus. Da erwarten wir gespannt die Arbeit des Bundesrates mit dem Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus.

In unserem Papier halten wir fest, dass die CVP kein Parallelrecht und keine Parallelgesellschaften in der Schweiz toleriert. Schiedsgerichte, welche die Grundlage für zweierlei Recht bilden, lehnen wir ab (bspw. Schariarecht). Das bedeutet unter anderem: Wir tolerieren keine Kinderehen, auch wenn sie in Ländern abgeschlossen wurden, wo solche Eheschliessungen erlaubt sind. Den Gefahren von Zwangsehen, welchen hier lebende Frauen und Mädchen ausgesetzt sind, treten wir entschlossen entgegen.

Von religiösen Rechten sind keine zivilen abzuleiten. Die Religionsfreiheit wird durch unsere Verfassung und die Gesetze garantiert. Das heisst aber nicht, dass mit Berufung auf die Religion Rechte abgeleitet werden dürfen, die der EMRK und unserem Rechtsstaat widersprechen. Staat und Religion sind getrennt. Religion ist Privatsache. Religiöses Recht hat sich dem Rechtsstaat unterzuordnen.

Und nicht zuletzt führen wir die Debatte über unsere Werte und kulturelle Identität. Ziel und Zweck der Debatte besteht darin, uns als Gemeinwesen der Prinzipien bewusst zu werden, auf welche wir uns trotz unterschiedlicher Vorstellungen für das Zusammenleben verständigt haben. Die Respektierung dieser Prinzipien ist von Niedergelassenen wie auch von Migrant\*innen gemeinsam einzufordern. Die Diskussion beinhaltet eine Festlegung von Werten, welche dem modernen Rechtsstaat zugrunde liegen. Freiheit. Gleiche Rechte. Selbstverantwortung. Solidarität. Toleranz. Es sind politische Werte. Sie gehören zur Identität der CVP und zur Identität der modernen Schweiz. Zu dieser Debatte gehören auch die Akzeptanz von hiesigen Umgangsformen wie Respekterweisungen von Männern gegenüber Frauen (Handschlag), ebenso die Akzeptanz von kulturellen Bräuchen wie Krippenspiele oder die Akzeptanz von hiesigen kulturellen Symbolen im öffentlichen Raum. Sie sind Teil unserer Kultur.

Unsere Partei hat sich schon auf vielfältige Weise mit diesen Forderungen auseinandergesetzt und wird dies auch in Zukunft noch tun. Ob am Schluss die Kantone eine Regelung treffen oder ob der Bund aktiv wird, dies wird diskutiert. Wichtig ist uns eines: Die Schweiz braucht Werte für die Zukunft, für welche sich die CVP einsetzt.

*Dreikönigsgespräch CVP Schweiz, 5. Januar 2018*

## **Gerhard Pfister, Parteipräsident CVP Schweiz und Nationalrat (ZG)**

Es gilt das gesprochene Wort.

### **Rentenreform**

Eines ist klar: es muss vorwärtsgehen. Es braucht eine Reform. Denn die Pleite der AHV steht unmittelbar bevor. Das wäre ein Flächenbrand für die Sozialversicherungen und Dynamit für unsere Gesellschaft. Die CVP hat sich mit Überzeugung und viel Engagement für die Rentenreform AV2020 eingesetzt. Sowohl die rechten wie die linken Gegner dieser Vorlage, behaupteten, dass es einen Plan B gäbe, welcher unverzüglich zum Zuge käme. Wir warten heute noch.... Und ich befürchte, dass wir auch 2019 noch warten werden!

Le PDC est d'accord avec les grandes lignes et la feuille de route présentées par le Conseil fédéral. L'AVS et le second pilier doivent être réformés séparément, mais la nouvelle proposition devra être construite sur les grandes orientations de la Prévoyance vieillesse 2020. Et le projet de réforme de l'AVS devra être déjà mis en consultation à l'été 2018. Comme sur le dossier de la politique de la santé, dans le domaine des retraites le PDC veut sortir de l'immobilisme et aller de l'avant pour le bien de la population.

Es ist grundsätzlich richtig, dass für die Reform der 2. Säule auch die Sozialpartner in die Pflicht genommen werden. Für die CVP ist es jedoch vor allem wichtig, dass möglichst zeitnah über die 2. Säule beraten wird: Ansonsten müssen die Bürgerinnen und Bürger die Katze im Sack kaufen. Denn entscheidend ist letztlich die Gesamtrente. Die Bevölkerung muss vor einer Volksabstimmung wissen können, wie es mit der ganzen Altersvorsorge weitergeht. Die Kompensationsmassnahmen zum Erhalt des Rentenniveaus sind für die CVP nach wie vor essentiell. Es ist eine Illusion zu glauben, dass die Angleichung des Rentenalters ohne Kompensationen erreicht werden kann.

Dasselbe gilt im Übrigen, wenn man die Unterstützung der CVP will, für – zumindest- eine Milderung der Heiratsstrafe in der AHV.

Je vous remercie pour votre attention. Mes collègues de la présidence et moi-même sommes à votre disposition pour toute question.